

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN / WOCHEN DER AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGER 2009

In diesem Jahr begehen Christen in aller Welt die 2000-Jahrfeier der Geburt des Völkerapostels Paulus. Sein missionarisches Engagement hat entscheidenden Anteil daran, dass aus der Urgemeinde in Jerusalem eine weltweite Christenheit werden konnte. Prägnant hat Paulus die universale Perspektive des Glaubens ins Wort gefasst: »Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus« (Galater 3,28).

Das Auftreten des Paulus in Athen zeigt, wie er die Menschen im Glauben zusammengeführt hat: Er erkundet nach seiner Ankunft in Athen die Stadt und ihre Bewohner; er nimmt die religiösen Strömungen, Angebote und Heiligtümer wahr; er sucht das Gespräch mit den ihm begegnenden Menschen. Schließlich mischt er sich auf dem Areopag, dem Forum für öffentliche Diskussionen, in den Diskurs der Politiker und Philosophen ein. Auch wenn dieser erste Auftritt in Athen zunächst erfolglos schien, setzte er doch langfristig Veränderungen in Gang.

An diese Erfahrungen des Paulus knüpft das Motto der Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger 2009 an. Es lautet kurz und knapp: Misch mit! Dieses Wort richtet sich sowohl an die einheimischen als auch an die zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Denn Kooperation und Integration müssen von beiden Seiten gewollt und angestrebt werden. Einmischen, Mitgestalten, Mitbestimmen – darum geht es nicht nur im Wahljahr 2009. Deutschland, Europa und die Welt stehen vor großen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bestehen können.

Integration setzt Rechtssicherheit voraus. Im Jahre 2009 steht Deutschland in diesem Zusammenhang vor zwei großen Herausforderungen:

Für viele Menschen, die aufgrund der neuen gesetzlichen Bleiberechtsregelung ein Aufenthaltsrecht erhalten haben, steht in diesem Jahr die Entscheidung über dessen Verlängerung an. Die Kirchen haben sich sehr für die Verabschiedung einer Bleiberechtsregelung eingesetzt, die das Problem der so genannten Kettenduldungen lösen sollte. Die im Jahr 2007 beschlossene gesetzliche Regelung haben wir als einen wichtigen ersten Schritt gewürdigt. Die Aufenthaltserlaubnisse konnten zunächst unabhängig vom Nachweis eines Arbeitsplatzes erteilt werden. Dies ist ca. 55.000 Menschen zugute gekommen. Zur Verlängerung ihres Aufenthaltsrechtes müssen sie nun jedoch ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit überwiegend selbst bestreiten. Gelingt ihnen dies nicht, fallen sie in die unsichere Duldung zurück – auch nach teilweise jahrzehntelangem Aufenthalt und vielfach bereits erbrachten Integrationsleistungen. Darüber hinaus sind immer noch rund 140.000 Menschen in Deutschland nur vorübergehend geduldet. Die bisher beschlossenen Regelungen reichen daher nicht aus. Die Kirchen treten deshalb weiterhin für eine großzügige Bleiberechtsregelung ein, die auch alte, kranke und traumatisierte Menschen einschließt, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden.

Immer deutlicher zeigen sich auch die Probleme und menschlichen Härten bei der Neuregelung des Ehegattennachzugs. Kirchengemeinden, Beratungsstellen und Initiativen stehen oft vor schwierigsten Fällen, in denen Ehepaare monate- oder gar jahrelang getrennt werden, weil im Herkunftsland des Partners der zwingend und ausnahmslos vorgeschriebene Nachweis von Deutschkenntnissen kaum erbracht werden kann. Die Kirchen sehen daher ihre Befürchtungen bestätigt, dass die neuen Regelungen in vielen Fällen das Zusammenleben von Ehepaaren verhindern könnten. Angesichts des in Deutschland gut ausgebauten Systems an Integrationskursen halten wir es daher für geboten, den Nachweis von Sprachkenntnissen auch nach der Einreise zu ermöglichen.

Christen wissen, dass Gott die Belange der Menschen zu seinen eigenen macht. Er mischt sich ein. Gott ist in Jesus Christus Mensch geworden und hat sich den Widersprüchen dieser Welt ausgesetzt. Er tritt an die Seite der Schwächsten, Ausgegrenzten und Eingesperrten. Sich in seinem Sinne einzumischen bedeutet, für eine Gesellschaft einzutreten, die sich an den Grundwerten von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden orientiert. Deshalb treten die Kirchen für ein solidarisches und an den Menschenrechten orientiertes Asylsystem in Europa ein.

Die Aufnahme von 2.500 besonders schutzbedürftigen Irakern in Deutschland, zu denen viele Angehörige verfolgter christlicher Minderheiten gehören, ist ein wichtiges Signal der Bundesregierung. Dafür sind wir dankbar. Allerdings kann dies nur ein erster Schritt sein. Gemessen an der Aufnahmefähigkeit Deutschlands und Europas und angesichts der Dimension des Flüchtlingsdramas mit mehr als 2 Millionen Betroffenen, von denen mehrere Hunderttausend keinerlei Rückkehrperspektive in den Irak haben, sind weitere Maßnahmen erforderlich. Deutschland und die anderen EU-Staaten sollten sich zu einem großzügigen Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge entschließen.

Im Blick auf die genannten gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen gilt es, sich einzumischen, Partei zu ergreifen und Solidarität zu üben; es gilt aber auch, im persönlichen Gebet und in gemeinsamen Gottesdiensten den Segen und Beistand Gottes zu erbitten. Dazu rufen wir in der Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger 2009 auf. Von den vielen Aktionen, Veranstaltungen und Gottesdiensten sollte das Signal ausgehen, dass es uns nicht in erster Linie um uns selbst geht. Wir sind verantwortlich: füreinander und vor Gott. Gott traut uns zu und fordert uns auf, mitzumischen und uns einzumischen, damit in unserer Gesellschaft und weltweit alle Menschen gleichberechtigt und in Würde leben können.

✠ Robert Zollitsch

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Wolfgang Huber

Bischof Dr. Wolfgang Huber
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

+ ὁ Ἀρχιεπίσκοπος Αὐγουστῖνος

Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit
von Deutschland